

A close-up photograph of a hand holding a red ballot paper. The hand is positioned at the top, with the thumb and index finger gripping the top edge of the paper. The paper is being inserted into a white ballot box, which is visible at the bottom. The text 'SOZIAL-DEMOKRATIE' is printed in white, bold, sans-serif capital letters on the red paper. The background is a dark, out-of-focus grey.

SOZIAL-
DEMOKRATIE

HANS-HERMANN HOPPE

Auszug aus Kapitel 4 „Sozialismus im sozialdemokratischen Stil“ aus A Theory of Socialism and Capitalism (Auburn, Ala.: Mises Institute und Norwell, Mass.: Kluwer Academic Publishers, 2010).

Nachdruck 2018 durch das Mises Institute und veröffentlicht unter der Creative Commons Attribution NonCommercial-NoDerivs 4.0 International License.

<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/>

Mises Institute
518 West Magnolia Avenue
Auburn, Alabama 36832
mises.org

Sozialdemokratie

von Hans-Hermann Hoppe

Viel mehr als jedes theoretische Argument war es die enttäuschende Erfahrung mit dem Sozialismus des russischen Stils, die zu einem ständigen Rückgang der Popularität des orthodoxen marxistischen Sozialismus geführt und die Entstehung und Entwicklung des modernen sozialdemokratischen Sozialismus vorangetrieben hat.

Beide Arten von Sozialismus stammen sicherlich aus den gleichen ideologischen Quellen.¹ Beide sind zumindest theoretisch egalitär motiviert.² Beide haben im Wesentlichen das gleiche Endziel: die Abschaffung des Kapitalismus als auf Privateigentum basierendes Gesellschaftssystem und die Errichtung einer neuen

¹ Vgl. L. Kolakowski, *Main Currents of Marxism* (Oxford, 1978), 3 Bände; auch W. Leonhard, *Sowjetideologie heute. Die politischen Lehren* (Frankfurt/M., 1963).

² Vgl. Anmerkung 16 zur Beurteilung der etwas anderen Praxis.

Gesellschaft, die sich durch brüderliche Solidarität und die Beseitigung von Knappheit auszeichnet; eine Gesellschaft, in der jeder „nach seinen Bedürfnissen“ bezahlt wird.

Seit den Anfängen der sozialistischen Bewegung in der Mitte des 19. Jahrhunderts gibt es jedoch widersprüchliche Vorstellungen darüber, welche Methoden am besten geeignet sind, um diese Ziele zu erreichen. Während man sich im Allgemeinen über die Notwendigkeit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel einig war, gab es immer wieder unterschiedliche Meinungen über das weitere Vorgehen. Auf der einen Seite gab es innerhalb der sozialistischen Bewegung die Befürworter einer revolutionären Vorgehensweise. Sie propagierten den gewaltsamen Sturz der bestehenden Regierungen, die vollständige Enteignung aller Kapitalisten auf einen Schlag und die zeitweilige (d.h. bis die Knappheit tatsächlich, wie versprochen, ausgerottet wäre) Diktatur des Proletariats, d.h. derjenigen, die keine Kapitalisten waren, aber ihre Arbeitsleistungen verkaufen mussten, um die neue Ordnung zu stabilisieren.

Auf der anderen Seite gab es die Reformisten, die einen schrittweisen Ansatz befürworteten. Sie vertraten die Auffassung, dass der Sieg des Sozialismus mit der Erweiterung des Wahlrechts und schließlich mit einem allgemeinen Wahlsystem durch demokratisches,

parlamentarisches Handeln errungen werden könne. Dies wäre so, weil der Kapitalismus nach gängiger sozialistischer Lehrmeinung eine Tendenz zur Proletarisierung der Gesellschaft mit sich bringen würde, d.h. eine Tendenz, dass weniger Menschen selbständig sind und stattdessen mehr Menschen Arbeitnehmer werden. Und nach gängigen sozialistischen Überzeugungen würde diese Tendenz wiederum ein immer einheitlicheres proletarisches Klassenbewusstsein hervorbringen, das dann zu einer anschwellenden Wahlbeteiligung der sozialistischen Partei führen würde. Da diese Strategie der öffentlichen Meinung sehr viel besser entsprach (sie war für die meist friedlich gesinnten Arbeiter attraktiver und gleichzeitig für die Kapitalisten weniger beängstigend), würde der endgültige Erfolg des Sozialismus dadurch nur noch sicherer werden, so die Argumentation.

Beide Kräfte koexistierten innerhalb der sozialistischen Bewegung, obwohl ihr Verhältnis bis zur bolschewistischen Revolution im Oktober 1917 in Russland zeitweise recht angespannt war. In der Praxis ging die sozialistische Bewegung im Allgemeinen den reformistischen Weg, während auf dem Gebiet der ideologischen Debatte die Revolutionäre dominierten.³ Die russischen Ereignisse änderten dies.

³ Vgl. E. Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie (Bonn, 1975), als Hauptdarsteller

Mit Lenin an der Spitze realisierten die revolutionären Sozialisten zum ersten Mal ihr Programm und die sozialistische Bewegung als Ganzes musste gegenüber dem russischen Experiment Stellung beziehen. Infolgedessen spaltete sich die sozialistische Bewegung in zwei Zweige mit zwei getrennten Parteien: eine kommunistische Partei, die die russischen Ereignisse mehr oder weniger befürwortete, und eine sozialistische oder sozialdemokratische Partei, die Vorbehalte hatte oder gegen sie war. Dennoch betraf die Spaltung nicht die Frage über den Sozialismus; beide waren dafür. Es war eine offene Spaltung in der Frage des revolutionären vs. demokratischen parlamentarischen Wandels.

Angesichts der tatsächlichen Erfahrung der russischen Revolution — der Gewalt, des Blutvergießens, der Praxis der unkontrollierten Enteignung, der Tatsache, dass Tausende von neuen Führern, sehr oft von fragwürdigem Ruf oder einfach zwielichtigen, minderwertigen Charakteren, an das politische Ruder gefegt wurden — fühlten sich die Sozialdemokraten in ihrem Versuch, öffentliche Unterstützung zu gewinnen, gezwungen, ihr revolutionäres Image aufzugeben und nicht nur in der Praxis, sondern auch in der Theorie eine entschieden reformistische, demokratische Partei zu werden. Und

des reformistisch-revisionistischen Kurses; K. Kautsky, Bernstein und das sozialdemokratische Programm (Bonn, 1976), als Exponent der marxistischen Orthodoxie.

selbst einige der kommunistischen Parteien des Westens, die sich einer Theorie des revolutionären Wandels verschrieben hatten, aber genauso dringend der öffentlichen Unterstützung bedurften, hatten das Gefühl, dass sie zumindest einige Fehler an der besonderen bolschewistischen Art und Weise der Umsetzung der Revolution finden mussten. Auch sie hielten es zunehmend für notwendig, das reformistische, demokratische Spiel zu spielen, wenn auch nur in der Praxis.

Dies war jedoch nur der erste Schritt in der Transformation der sozialistischen Bewegung, die durch die Erfahrung der russischen Revolution bewirkt wurde. Der nächste Schritt, wie angedeutet, wurde ihr durch die düstere Erfahrung mit der Wirtschaftsleistung Sowjetrusslands aufgezwungen. Ungeachtet ihrer unterschiedlichen Ansichten über die Erwünschtheit revolutionärer Veränderungen und ebenso wenig vertraut, unfähig oder unwillig, die abstrakte ökonomische Vernunft zu erfassen, konnten Sozialisten und Kommunisten während einer Art Flitterwochen, die sie für die neue Erfahrung verdienten, immer noch die illusorischsten Hoffnungen auf die wirtschaftlichen Errungenschaften einer Politik des Sozialismus hegen. Aber dieser Zeitraum konnte nicht ewig dauern, und nach einiger Zeit musste man sich den Tatsachen stellen und die Ergebnisse auswerten.

Für jeden halbwegs neutralen Beobachter der Umstände und später für jeden aufmerksamen Besucher und Reisenden wurde deutlich, dass der Sozialismus russischer Prägung nicht mehr, sondern weniger Wohlstand bedeutete und dass es sich vor allem um ein System handelte, das, indem es auch nur kleine Nischen privater Kapitalbildung zuließ, seine eigene wirtschaftliche Unterlegenheit, wenn auch nur implizit, bereits eingestanden hatte.

Mit dem Bekanntwerden dieser Erfahrung und insbesondere mit der Wiederholung des sowjetischen Experiments in den osteuropäischen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg, die zu den gleichen düsteren Ergebnissen führte und damit die These widerlegte, dass das sowjetische Schlamassel nur auf eine besondere asiatische Mentalität des Volkes zurückzuführen sei, waren die sozialistischen, d.h. die sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien des Westens in ihrem Wettlauf um die öffentliche Unterstützung gezwungen, ihre Programme weiter zu ändern. Die Kommunisten sahen nun auch verschiedene Mängel in der russischen Umsetzung des Sozialismusprogramms und spielten zunehmend mit der Idee einer dezentraleren Planung und Entscheidungsfindung und einem teilweisen Sozialismus, d.h. einem Sozialismus nur von Großunternehmen

und -industrien, obwohl sie die Idee der sozialistischen Produktion nie ganz aufgegeben haben.⁴

Die sozialistischen oder sozialdemokratischen Parteien hingegen, die von Anfang an weniger sympathisch gegenüber dem russischen Sozialismusmodell waren und durch ihre dezidiert reformistisch-demokratische Politik bereits geneigt waren, Kompromisse wie einen partiellen Sozialismus zu akzeptieren, mussten einen weiteren adaptiven Schritt machen. Diese Parteien gaben als Reaktion auf die russischen und osteuropäischen Erfahrungen den Begriff der verstaatlichten Produktion zunehmend auf und legten stattdessen immer mehr Wert auf die Idee der Einkommensbesteuerung sowie der Einkommensangleichung und in einem anderen Schritt auf die Chancenangleichung als die wahren Eckpfeiler des Sozialismus.

Während dieser Übergang vom Sozialismus russischen Stils zu einem sozialdemokratischen stattfand und immer noch in allen westlichen Gesellschaften stattfindet, war er nicht überall gleich stark. Grob gesagt und nur mit Blick auf Europa ist die Verdrängung des alten durch den neuen Sozialismus umso ausgeprägter, je unmittelbarer und direkter die Erfahrung mit dem russischen Sozialismus für

⁴ Zur Idee eines „Marktsozialismus“ vgl. einer seiner führenden Vertreter, O. Lange, „On the Economic Theory of Socialism“, in M. I. Goldman, ed., *Comparative Economic Systems* (New York, 1971).

die Bevölkerung ist, in der die sozialistischen und/oder kommunistischen Parteien Unterstützer und Wähler finden mussten.

Von allen großen Ländern war diese Verdrängung in Westdeutschland, wo der Kontakt mit dieser Art von Sozialismus am unmittelbarsten ist, wo Millionen von Menschen immer noch reichlich Gelegenheit hatten, mit eigenen Augen zu sehen, welches Unheil den Menschen in Ostdeutschland angetan wurde, am stärksten. Hier verabschiedeten die Sozialdemokraten 1959 ein neues Parteiprogramm (oder wurden vielmehr von der öffentlichen Meinung dazu gezwungen), in dem alle offensichtlichen Spuren einer marxistischen Vergangenheit auffällig fehlten, das vielmehr ausdrücklich die Bedeutung von Privateigentum und Märkten erwähnte, das von Sozialismus nur als einer bloßen Möglichkeit sprach und stattdessen die Bedeutung von Umverteilungsmaßnahmen stark betonte. Hier sind die Protagonisten einer Politik der Vergesellschaftung der Produktionsmittel innerhalb der sozialdemokratischen Partei seitdem deutlich unterlegen; und hier sind die kommunistischen Parteien, auch wenn sie nur für eine friedliche und partielle Vergesellschaftung sind, zur Bedeutungslosigkeit reduziert worden.⁵

⁵ Zur Ideologie der deutschen Sozialdemokraten vgl. T. Meyer, Hrsg., Demokratischer Sozialismus (München, 1980); G. Schwan, Hrsg.,

In Ländern, die weiter vom Eisernen Vorhang entfernt waren, wie Frankreich, Italien, Spanien und auch Großbritannien, war diese Veränderung weniger dramatisch. Nichtsdestotrotz kann man mit Sicherheit sagen, dass heute nur der sozialdemokratische Sozialismus, wie er am typischsten von den deutschen Sozialdemokraten vertreten wird, im Westen weit verbreitete Popularität beanspruchen kann. In der Tat, zum Teil aufgrund des Einflusses der Sozialistischen Internationale — der Vereinigung sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien — kann man heute sagen, dass der sozialdemokratische Sozialismus eine der am weitesten verbreiteten Ideologien unserer Zeit ist, die zunehmend die politischen Programme und die tatsächliche Politik nicht nur explizit sozialistischer Parteien und in geringerem Maße derjenigen der westlichen Kommunisten, sondern auch von Gruppen und Parteien prägt, die sich selbst nicht einmal in ihren weit hergeholten Träumen Sozialisten nennen würden, wie die „liberalen“ Demokraten an der Ostküste in den Vereinigten Staaten.⁶ Und auf dem Gebiet der

Demokratischer Sozialismus für Industriegesellschaften
(Frankfurt/M., 1979).

⁶ Indikatoren für die Sozialdemokratisierung der sozialistischen Bewegung sind der Aufstieg der sozialistischen Partei und der entsprechende Niedergang der orthodoxen kommunistischen Partei in Frankreich; das Entstehen einer sozialdemokratischen Partei als Rivale der orthodoxeren Arbeiterpartei in Großbritannien; die Mäßigung der Kommunisten in Italien als einzige verbliebene mächtige kommunistische Partei in Westeuropa hin zu einer

internationalen Politik sind die Ideen des sozialdemokratischen Sozialismus, insbesondere eines Umverteilungsansatzes gegenüber diesen sogenannten Nord-Süd-Konflikten, fast so etwas wie die offizielle Position unter allen „gut informierten“ und „gut beabsichtigten“ Männern geworden; ein Konsens, der weit über diejenigen hinausgeht, die sich selbst als Sozialisten betrachten.⁷ Was sind die zentralen Merkmale des Sozialismus im sozialdemokratischen Stil?

Grundsätzlich gibt es zwei Merkmale. Erstens verbietet der sozialdemokratische Sozialismus im Gegensatz zum traditionellen marxistischen Sozialismus nicht das Privateigentum an den Produktionsmitteln und akzeptiert sogar die Idee, dass alle Produktionsmittel in Privateigentum sind — mit Ausnahme des Bildungswesens, des Verkehrs und der Kommunikation, des staatlichen Bankwesens, der Polizei und der Gerichte. Grundsätzlich hat jeder das Recht, sich Produktionsmittel

zunehmend sozialdemokratischen Politik; und das Wachstum der sozialistisch-sozialdemokratischen Parteien in Spanien und Portugal unter Gonzales und Soares, die beide eng mit der deutschen SPD verbunden sind. Darüber hinaus haben die sozialistischen Parteien Skandinaviens, die traditionell den deutschen Weg genau verfolgt hatten und später einer Reihe prominenter Sozialisten während der NS-Verfolgung Zuflucht boten (vor allem W. Brandt und B. Kreisky), dem revisionistischen Glauben seit langem Glaubwürdigkeit verliehen.

⁷ Zur sozialdemokratischen Position zum Nord-Süd-Konflikt vgl. North-South: A Programme for Survival, Independent Commission on International Development Issues (Vorsitz: W. Brandt), 1980.

privat anzueignen und zu besitzen, sie zu verkaufen, zu kaufen oder neu zu produzieren, sie zu verschenken oder im Rahmen einer vertraglichen Vereinbarung an jemand anderen zu vermieten. Aber zweitens besitzt kein Eigentümer von Produktionsmitteln rechtmäßig das gesamte Einkommen, das aus der Nutzung seiner Produktionsmittel erzielt werden kann und es bleibt keinem Eigentümer überlassen, zu entscheiden, wie viel des Gesamteinkommens aus der Produktion für Konsum und Investitionen verwendet wird. Vielmehr gehört ein Teil des Produktionseinkommens rechtmäßig der Gesellschaft, muss an sie abgegeben werden und wird dann nach den Vorstellungen des Egalitarismus oder der Verteilungsgerechtigkeit an die einzelnen Mitglieder umverteilt. Obwohl die jeweiligen Einkommensanteile, die an den Produzenten und an die Gesellschaft gehen, zu einem bestimmten Zeitpunkt festgelegt werden können, ist der Anteil, der rechtmäßig dem Produzenten gehört, grundsätzlich flexibel und die Abschätzung seiner Größe sowie des Anteils der Gesellschaft liegt nicht beim Produzenten, sondern gehört rechtmäßig der Gesellschaft.⁸

⁸ Beachten Sie noch einmal, dass diese Charakterisierung des sozialdemokratischen Sozialismus den Status eines „Idealtypus“ hat (vgl. Kapitel 3, Nr. 2). Es ist nicht als Beschreibung der Politik oder Ideologie einer tatsächlichen Partei zu verstehen. Vielmehr sollte es als der Versuch verstanden werden, das zu rekonstruieren, was zum Wesen des modernen sozialdemokratischen Sozialismus geworden ist, der einer deutlich vielfältigeren Realität von Programmen und

Aus der Sicht der natürlichen Theorie des Eigentums — der Theorie, die dem Kapitalismus zugrunde liegt — bedeutet die Annahme dieser Regeln, dass die Rechte des natürlichen Eigentümers aggressiv angegriffen wurden. Nach dieser Theorie des Eigentums kann der Nutzer/Eigentümer der Produktionsmittel mit ihnen machen, was er will; und was immer das Ergebnis seiner Nutzung ist, es ist sein eigenes privates Einkommen, das er wieder verwenden kann, wie er will, solange er die physische Integrität des Eigentums eines anderen nicht verändert und sich ausschließlich auf den vertraglichen Austausch verlässt.

Vom Standpunkt der natürlichen Theorie des Eigentums gibt es nicht zwei getrennte Prozesse — die Produktion von Einkommen und dann, nachdem Einkommen produziert wurde, seine Verteilung. Es gibt nur einen Prozess: Bei der Erzielung von Einkommen wird es automatisch verteilt; der Produzent ist der Eigentümer. Demgegenüber tritt der sozialdemokratische Stil des Sozialismus für die teilweise Enteignung des natürlichen Eigentümers durch Umverteilung eines Teils des Produktionseinkommens an Personen, die — unabhängig von ihren sonstigen Verdiensten — das betreffende Einkommen definitiv nicht produziert haben und definitiv keine vertraglichen Ansprüche darauf haben, und die

Politiken verschiedener Parteien oder Bewegungen unterschiedlicher Namen als ideologisch vereinheitlichender Kern zugrunde liegt.

darüber hinaus das Recht haben, unilateral, d.h. ohne die Zustimmung des betroffenen Produzenten abwarten zu müssen, zu bestimmen, wie weit diese teilweise Enteignung gehen kann.

Aus dieser Beschreibung heraus sollte klar werden, dass entgegen dem Eindruck, den der sozialdemokratische Sozialismus in der Öffentlichkeit erwecken soll, der Unterschied zwischen beiden Arten des Sozialismus nicht kategorischer Natur ist. Vielmehr ist es nur eine Frage des Grades. Sicherlich scheint die erstgenannte Regel einen grundlegenden Unterschied darzustellen, da sie Privateigentum zulässt. Dann aber erlaubt die zweite Regel im Prinzip die Enteignung des gesamten Einkommens des Produzenten aus der Produktion und reduziert damit sein Eigentumsrecht auf ein rein nominales. Natürlich muss der sozialdemokratische Sozialismus nicht so weit gehen, das Privateigentum nur dem Namen nach auf selbiges zu reduzieren. Und zugegeben, da der Einkommensanteil, den der Produzent an die Gesellschaft abgeben muss, tatsächlich recht moderat sein kann, kann dies in der Praxis einen enormen Unterschied in der wirtschaftlichen Leistung machen. Aber dennoch muss erkannt werden, dass aus der Sicht der nichtproduzierenden Mitmenschen der Grad der Enteignung des Einkommens der privaten Produzenten eine Frage der Zweckmäßigkeit ist, die ausreicht, um den Unterschied zwischen beiden Arten des Sozialismus —

dem russischen und dem sozialdemokratischen Stil — ein für alle Mal auf einen Unterschied von nur einem Grad zu reduzieren.

Es sollte offensichtlich sein, was diese wichtige Tatsache für einen Produzenten bedeutet. Es bedeutet, dass seine produktiven Bemühungen, so niedrig der derzeit festgelegte Grad der Enteignung auch sein mag, unter der allgegenwärtigen Bedrohung stattfinden, dass in Zukunft der Einkommensanteil, der der Gesellschaft übergeben werden muss, einseitig erhoben wird. Es braucht nicht viel kommentiert zu werden, um zu sehen, wie dies das Risiko oder die Produktionskosten erhöht und somit die Investitionsrate senkt.

Mit dieser Aussage wurde bereits ein erster Schritt in der nachfolgenden Analyse unternommen. Was sind die wirtschaftlichen, im umgangssprachlichen Sinne des Wortes, Konsequenzen der Übernahme eines Systems des sozialdemokratischen Sozialismus? Nach dem, was gerade gesagt wurde, ist es wahrscheinlich nicht mehr ganz überraschend zu hören, dass sie zumindest in Bezug auf die allgemeine Richtung der Auswirkungen denen des traditionellen marxistischen Sozialismus sehr ähnlich sind. In dem Maße, in dem sich der sozialdemokratische Sozialismus mit einer teilweisen Enteignung und der Umverteilung der Erzeugereinkommen begnügt, können jedoch einige der Verarmungseffekte, die sich aus einer

Politik der vollständigen Vergesellschaftung der Produktionsmittel ergeben, umgangen werden.

Da diese Ressourcen immer noch gekauft und verkauft werden können, wird das für eine Hausmeisterwirtschaft typischste Problem vermieden, dass es keine Marktpreise für Produktionsmittel gibt und somit weder eine monetäre Kalkulation noch eine Buchhaltung möglich ist, was zu Fehlallokationen und zur Verschwendung knapper Ressourcen in Verwendungen führt, die bestenfalls von untergeordneter Bedeutung sind. Zudem wird das Problem der Überbeanspruchung zumindest reduziert. Da private Investitionen und Kapitalbildung in dem Maße noch möglich sind, in dem ein Teil der Erträge aus der Produktion dem Produzenten nach eigenem Ermessen zur Verfügung steht, besteht im sozialdemokratischen Stil des Sozialismus ein relativ höherer Anreiz zu arbeiten, zu sparen und zu investieren.

Dennoch lassen sich auf keinen Fall alle Verarmungseffekte vermeiden. Der sozialdemokratische Stil des Sozialismus, so gut er auch im Vergleich zum Sozialismus russischen Typs aussehen mag, führt immer noch notwendigerweise zu einer Verringerung der Investitionen und damit des zukünftigen Wohlstands im

Vergleich zu dem unter Kapitalismus.⁹ Indem man dem Eigentümer-Produzenten einen Teil des Einkommens aus der Produktion wegnimmt, wie klein dieser Teil auch sein mag, und ihn denjenigen gibt, die das betreffende Einkommen nicht produziert haben, steigen die Kosten der Produktion (die niemals gleich Null sind, da Produktion, Aneignung und das Schließen von Verträgen immer zumindest den Einsatz von Zeit implizieren, die anderweitig verwendet werden könnte, zum Beispiel für Freizeit, Konsum oder Schattenwirtschaft), und, *mutatis mutandis*, sinken die Kosten der nicht-produzierenden und/oder Schattenwirtschaft, zumindest in einem gewissen Ausmaß.

Infolgedessen wird es relativ weniger Produktion und Investitionen geben, auch wenn das absolute Niveau der Produktion und des Wohlstands aus Gründen, die in Kürze erörtert werden, noch steigen könnte. Es wird relativ mehr Freizeit, mehr Konsum und mehr Schwarzarbeit geben und damit insgesamt eine relative Verarmung. Und diese Tendenz wird umso ausgeprägter sein, je höher das umzuverteilende Produktionseinkommen ist und je größer die Wahrscheinlichkeit ist, dass es in Zukunft durch einseitige, nicht vertragliche gesellschaftliche Entscheidungen erhöht wird.

⁹ Im Folgenden vgl. L. v. Mises, *Socialism* (Indianapolis, 1981), insbesondere Teil V; *Human Action* (Auburn, Ala., 2008), insbesondere Teil 6.

Lange Zeit war die bei weitem populärste Idee zur Umsetzung des allgemeinen politischen Ziels des sozialdemokratischen Sozialismus die Umverteilung der monetären Einkünfte durch Einkommenssteuer oder eine allgemeine Umsatzsteuer, die den Produzenten auferlegt wurde. Ein Blick auf diese spezielle Technik soll unseren Standpunkt weiter verdeutlichen und einige häufig auftretende Missverständnisse und falsche Vorstellungen über die allgemeinen Auswirkungen der relativen Verarmung vermeiden.

Welche wirtschaftlichen Auswirkungen hat die Einführung einer Einkommens- oder Umsatzbesteuerung, bei der es zuvor keine gab, oder die Anhebung eines bestehenden Besteuerungsniveaus auf eine neue Höhe?¹⁰ Bei der Beantwortung dieser Frage werde ich ferner die Komplikationen ignorieren, die sich aus den verschiedenen Möglichkeiten der Umverteilung von Steuergeldern an verschiedene Einzelpersonen oder Personengruppen ergeben — diese werden später erörtert.

Hier werden wir nur die allgemeine Tatsache berücksichtigen, die definitionsgemäß für alle Umverteilungssysteme zutrifft, dass jede Umverteilung von Steuergeldern eine Übertragung von monetären Einkommensproduzenten und vertraglichen

¹⁰ Vgl. M. N. Rothbard, *Man, Economy, and State with Power and Market* (Auburn, Ala., 2009).

Geldempfängern an Personen in ihrer Eigenschaft als Nichtproduzenten und Nichtempfänger von tatsächlichen Geldeinkommen ist. Die Einführung oder Erhöhung der Besteuerung impliziert somit, dass die monetären Einnahmen aus der Produktion für den Produzenten reduziert und für die Menschen in ihrer Rolle als Nicht-Produzenten und Nicht-Auftragnehmer erhöht werden. Dies ändert die relativen Produktionskosten für die monetäre Rendite gegenüber der Nichtproduktion und der Produktion für die nichtmonetäre Rendite.

Dementsprechend werden sie, soweit diese Veränderung von den Menschen wahrgenommen wird, zunehmend auf gemächlichen Konsum und/oder Produktion zum Zwecke des Tauschhandels zurückgreifen und gleichzeitig ihre produktiven Bemühungen um monetäre Belohnungen reduzieren. In jedem Fall wird die Produktion von Waren, die mit Geld gekauft werden sollen, sinken, das heißt, die Kaufkraft des Geldes sinkt und damit sinkt der allgemeine Lebensstandard.

Gegen diese Argumentation wird bisweilen argumentiert, dass empirisch häufig beobachtet wurde, dass ein Anstieg des Besteuerungsniveaus tatsächlich mit einem Anstieg (nicht mit einem Rückgang) des Bruttosozialprodukts (BSP) einherging, und dass die obige Aussage, so plausibel sie auch sein mag, daher als empirisch ungültig angesehen werden muss. Dieses

angebliche Gegenargument weist ein einfaches Missverständnis auf: eine Verwechslung zwischen absolutem und relativem Rückgang.

Die obige Analyse führt zu der Schlussfolgerung, dass höhere Steuern zu einer relativen Verringerung der Produktion für monetäre Erträge führen, d.h. zu einer Verringerung im Vergleich zu dem Produktionsniveau, das erreicht worden wäre, wenn die Höhe der Besteuerung nicht geändert worden wäre. Sie sagt oder impliziert nichts in Bezug auf die absolute Höhe der produzierten Leistung.

Tatsächlich ist das absolute Wachstum des Bruttosozialprodukts nicht nur mit unserer Analyse vereinbar, sondern kann insofern als völlig normal angesehen werden, da Produktivitätsfortschritte möglich sind und tatsächlich stattfinden. Wenn es durch die Verbesserung der Produktionstechnologie möglich geworden ist, einen höheren Output mit identischem Input (in Bezug auf die Kosten) oder einen physisch identischen Output mit einem reduzierten Input zu produzieren, dann ist das Zusammentreffen von Steuererhöhung und Produktionssteigerung alles andere als überraschend. Allerdings hat dies keinen Einfluss auf die Gültigkeit dessen, was über die relative Verarmung infolge der Besteuerung gesagt wurde.

Ein anderer Einwand, der sich einiger Beliebtheit erfreut, ist der, dass eine Steuererhöhung zu einer Verringerung des Geldeinkommens führt und dass diese Verringerung den Grenznutzen des Geldes im Vergleich zu anderen Einkommensformen (wie Freizeit) erhöht und somit, anstatt ihn zu senken, tatsächlich dazu beiträgt, die Tendenz zu verstärken, für einen Geldgewinn zu arbeiten.

Diese Beobachtung stimmt zwar vollkommen. Aber es ist ein Missverständnis zu glauben, dass dies dazu beiträgt, die relative Verarmungsthese zu entkräften. Um ein vollständiges Bild zu erhalten, ist zunächst zu beachten, dass durch die Besteuerung nicht nur das monetäre Einkommen für einige Personen (die Produzenten) verringert wird, sondern gleichzeitig das monetäre Einkommen für andere Personen (Nichtproduzenten) erhöht wird, und dass für diese Personen der Grenznutzen des Geldes und damit ihre Neigung, für monetäre Erträge zu arbeiten, verringert wird. Dies ist aber keineswegs alles, was gesagt werden muss, da dies immer noch den Eindruck erwecken könnte, dass die Besteuerung die Produktion von austauschbaren Gütern überhaupt nicht beeinflusst — da sie den Grenznutzen des Geldeinkommens für einige verringert und für andere erhöht, wobei sich beide Effekte gegenseitig aufheben. Dieser Eindruck wäre falsch.

Dies wäre nämlich eine Leugnung dessen, was zu Beginn angenommen wurde: dass eine Steuererhöhung, d.h. ein höherer monetärer Beitrag, der den missbilligenden Einkommenserzeugern aufgezwungen wurde, tatsächlich stattgefunden hat und als solche wahrgenommen wurde — und würde somit einen logischen Widerspruch darstellen. Intuitiv wird der Fehler in der Überzeugung, dass die Besteuerung „neutral“ in Bezug auf die Produktion ist, offensichtlich, sobald das Argument bis zum äußersten Extrem getragen wird.

Es würde dann auf die Aussage hinauslaufen, dass selbst eine vollständige Enteignung aller monetären Einnahmen der Produzenten und deren Übertragung auf eine Gruppe von Nichtproduzenten keinen Unterschied machen würde, da die durch diese Umverteilung erhöhte Faulheit der Nichtproduzenten durch einen erhöhten Arbeitseifer der Produzenten vollständig kompensiert würde (was sicherlich absurd ist).

Was bei dieser Art von Argumentation übersehen wird, ist, dass die Einführung der Besteuerung oder der Anstieg eines bestimmten Steuerniveaus nicht nur die Begünstigung von Nicht-Produzenten auf Kosten der Produzenten bedeutet, sondern auch gleichzeitig für Produzenten und Nicht-Produzenten von monetären Einkünften gleichermaßen die Kosten verändert, die mit verschiedenen Methoden verbunden sind, um ein

(steigendes) monetäres Einkommen zu erzielen. Denn es ist nun relativ weniger kostspielig, zusätzliches Geldeinkommen auf nicht-produktive Weise zu erzielen, d.h. nicht durch die tatsächliche Produktion von mehr Gütern, sondern durch die Teilnahme am Prozess des außervertraglichen Erwerbs bereits produzierter Güter. Auch wenn die Produzenten in der Tat mehr darauf bedacht sind, durch eine höhere Steuer zusätzliches Geld zu erhalten, werden sie dies zunehmend nicht durch eine Intensivierung ihrer produktiven Bemühungen, sondern durch ausbeuterische Methoden tun.

Dies erklärt, warum Besteuerung nicht neutral ist und nie sein kann.

Mit der (erhöhten) Besteuerung wird eine andere rechtliche Anreizstruktur institutionalisiert: eine, die die relativen Kosten der Produktion für monetäres Einkommen gegenüber der Nicht-Produktion, einschließlich der Nicht-Produktion für Freizeit Zwecke und der Nicht-Produktion für monetären Ertrag, und auch gegenüber der Produktion für nicht-monetären Ertrag (Tauschhandel) verändert. Und wenn eine solche unterschiedliche Anreizstruktur auf ein und dieselbe Bevölkerung angewandt wird, dann muss dies zwangsläufig zu einer Verringerung der Produktion von Gütern führen, die für einen monetären Gegenwert

hergestellt werden.¹¹ Einkommens- und Umsatzbesteuerung sind zwar die gebräuchlichsten Techniken, aber sie erschöpfen nicht das Repertoire des sozialdemokratischen Sozialismus an Umverteilungsmethoden.

Unabhängig davon, wie die Steuern auf die Individuen einer Gesellschaft umverteilt werden, unabhängig davon, inwieweit z.B. die monetären Einkommen angeglichen werden, da diese Individuen unterschiedliche Lebensstile führen können und dies auch tun, und da sie unterschiedliche Anteile des ihnen zugewiesenen monetären Einkommens für den Konsum oder für die Bildung von nicht produktiv genutztem Privatvermögen verwenden, werden früher oder später wieder signifikante Unterschiede zwischen den Menschen auftreten, wenn nicht in Bezug auf ihr monetäres Einkommen, dann in Bezug auf ihr Privatvermögen. Und es überrascht nicht, dass diese Unterschiede bei Vorliegen eines rein vertraglichen Erbrechts stetig ausgeprägter werden. Daher bezieht der sozialdemokratische Sozialismus, der durch egalitären Eifer motiviert ist, privates Vermögen in seine Politik ein und erhebt auch eine Steuer darauf und

¹¹ Darüber hinaus ist nicht zu übersehen, dass ein höherer Besteuerungsgrad, selbst wenn er zu einer erhöhten Arbeit der Besteuerten führen würde, in jedem Fall die ihnen zur Verfügung stehende Freizeit und damit ihren Lebensstandard verringern würde. Vgl. M.N. Rothbard, *Man, Economy, and State with Power and Market* (Auburn, Ala., 2009), S. 1164 f.

insbesondere eine Erbschaftssteuer, um den Aufschrei der Bevölkerung über „unverdiente Reichtümer“, die auf Erben entfallen, zu befriedigen.

Wirtschaftlich reduzieren diese Maßnahmen sofort die Höhe der privaten Vermögensbildung. Da der Genuss des Privatvermögens durch die Steuer verhältnismäßig versteuert wird, wird weniger Vermögen neu geschaffen, es wird vermehrter Konsum folgen — auch der der vorhandenen Bestände an nicht produktiv genutzten Reichtümern — und der allgemeine Lebensstandard, der natürlich auch vom Komfort des Privatvermögens abhängt, wird sinken.

Ähnliche Schlussfolgerungen über Verarmungseffekte werden erzielt, wenn das dritte große Feld der Steuerpolitik — das des „natürlichen Vermögens“ — analysiert wird. Aus Gründen, die im Folgenden erörtert werden sollen, hat dieses Feld neben den beiden traditionellen Bereichen monetäre Einkommen und private Vermögensbesteuerung im Laufe der Zeit unter dem Titel der Chancengleichung an Bedeutung gewonnen. Es brauchte nicht viel, um festzustellen, dass die Position einer Person im Leben nicht ausschließlich vom monetären Einkommen oder dem Reichtum an nicht produktiv genutzten Gütern abhängt. Es gibt andere Dinge, die im Leben wichtig sind und die zusätzliches Einkommen bringen, auch wenn es nicht in Form von

Geld oder anderen Tauschgütern sein mag: eine nette Familie, eine Ausbildung, Gesundheit, gutes Aussehen usw. Ich nenne diese nicht austauschbaren Güter, aus denen sich (psychisches) Einkommen ableiten lässt, „Naturgüter“.

Der von egalitären Idealen geführte Umverteilungssozialismus ärgert sich auch über bestehende Unterschiede in solchen Vermögenswerten und versucht, diese, wenn nicht auszurotten, so doch zumindest zu mäßigen. Aber diese Vermögenswerte, die nicht austauschbare Güter sind, können nicht einfach enteignet und der Erlös dann umverteilt werden. Es ist, gelinde gesagt, auch nicht sehr praktikabel, dieses Ziel dadurch zu erreichen, dass man das nichtmonetäre Einkommen aus natürlichen Ressourcen von Menschen mit höherem Einkommen direkt auf das Niveau von Menschen mit niedrigerem Einkommen reduziert, indem man beispielsweise die Gesundheit der Gesunden ruiniert und sie so den Kranken gleichstellt oder den gut aussehenden Menschen die Gesichter zertrümmert, damit sie wie ihre weniger glücklichen, schlechter aussehenden Mitmenschen aussehen.¹²

¹² Ein fiktiver Bericht über die Umsetzung einer solchen Politik, die von „der unaufhörlichen Wachsamkeit der Agenten des United States Handicapper General“ überwacht wird, wurde von K. Vonnegut in „Harrison Bergeron“, in K. Vonnegut, *Welcome to the Monkey House* (New York, 1970), gegeben.

So ist die gängige Methode des sozialdemokratischen Sozialismus, um „Chancengleichheit“ zu schaffen, die Besteuerung von Naturgütern. Diejenigen Menschen, von denen angenommen wird, dass sie ein relativ höheres nicht-monetäres Einkommen aus einem Vermögenswert wie der Gesundheit erzielen, unterliegen einer zusätzlichen Steuer, die in Geld zu zahlen ist. Diese Steuer wird dann an diejenigen Personen umverteilt, deren jeweiliges Einkommen relativ niedrig ist, um sie für diese Tatsache zu entschädigen.

Eine zusätzliche Steuer wird zum Beispiel auf die Gesunden erhoben, um den Ungesunden zu helfen, ihre Arztrechnungen zu bezahlen, oder auf die Gutaussiehenden, um den Hässlichen zu helfen, für plastische Chirurgie zu bezahlen oder sich ein Getränk zu kaufen, damit sie ihr Los vergessen können.

Die wirtschaftlichen Folgen solcher Umverteilungspläne sollten klar sein.

Soweit das psychische Einkommen, das beispielsweise durch Gesundheit repräsentiert wird, einen produktiven, zeit- und kostenintensiven Aufwand erfordert und die Menschen im Prinzip von produktiven Rollen in unproduktive Rollen wechseln oder ihre produktiven Bemühungen in verschiedene, nicht oder weniger stark besteuerte Produktionslinien von nicht austauschbaren

oder austauschbaren Gütern lenken können, werden sie dies aufgrund der erhöhten Kosten tun, die mit der Förderung der persönlichen Gesundheit verbunden sind.

Die Gesamtproduktion des betreffenden Reichtums wird sinken, d.h. der allgemeine Gesundheitsstandard wird sich verringern. Und selbst bei wirklich natürlichen Gütern, wie Intelligenz, über die man zugegebenermaßen wenig oder gar nichts tun kann, werden sich Folgen der gleichen Art ergeben, wenn auch nur mit einer Zeitverzögerung von einer Generation. In der Erkenntnis, dass es relativ teurer geworden ist, intelligent und weniger intelligent zu sein, und dass man so viel Einkommen (aller Art) wie möglich für seine Nachkommen haben möchte, wurde der Anreiz für intelligente Menschen, Nachkommen zu zeugen, gesenkt und für nicht-intelligente erhöht.

Angesichts der Gesetze der Genetik wird das Ergebnis eine Population sein, die insgesamt weniger intelligent ist. Außerdem wird in jedem Fall der Besteuerung von Naturgütern, das gilt für das Beispiel der Gesundheit ebenso wie für das der Intelligenz, weil das monetäre Einkommen besteuert wird, eine ähnliche Tendenz einsetzen wie bei der Einkommensbesteuerung, nämlich die Tendenz, die Anstrengungen für den monetären Ertrag zu verringern und sich stattdessen vermehrt der produktiven Tätigkeit für den nichtmonetären Ertrag oder

allen möglichen nichtproduktiven Unternehmungen zu widmen. Und das alles senkt natürlich noch einmal den allgemeinen Lebensstandard.

Aber das ist noch nicht alles, was über die Folgen des sozialdemokratischen Sozialismus gesagt werden muss, da er auch entfernte, aber dennoch sehr wichtige Auswirkungen auf die sozialmoralische Struktur der Gesellschaft haben wird, die sichtbar werden, wenn man die langfristigen Auswirkungen der Einführung von Umverteilungspolitik betrachtet. Es ist wahrscheinlich nicht mehr verwunderlich, dass auch in dieser Hinsicht der Unterschied zwischen dem Sozialismus russischen Stils und dem sozialdemokratischen Sozialismus, obwohl er in einigen Details hochinteressant ist, nicht von einer prinzipiellen Art ist.

Es sei daran erinnert, dass sich erstere zweifach auf die Formierung von Persönlichkeitstypen auswirkte, was den Anreiz zur Entwicklung produktiver Fähigkeiten verringerte und gleichzeitig die Entwicklung politischer Talente begünstigte. Genau das ist auch die Gesamtfolge des sozialdemokratischen Sozialismus.

Da der sozialdemokratische Sozialismus sowohl unproduktive als auch produktive Rollen bevorzugt, die der Öffentlichkeit nicht bekannt sind und daher nicht durch Besteuerung erreicht werden können, ändert sich

der Charakter der Bevölkerung entsprechend. Dieser Prozess mag langsam sein, aber solange die eigentümliche Anreizstruktur, die durch Umverteilungspolitik geschaffen wurde, andauert, ist er ständig in Betrieb.

Es wird weniger in die Entwicklung und Verbesserung der eigenen produktiven Fähigkeiten investiert, und infolgedessen werden die Menschen immer weniger in der Lage sein, ihr Einkommen aus eigener Kraft zu sichern, indem sie produzieren oder Verträge abschließen. Und mit steigendem Besteuerungsgrad und sich erweiterndem Besteuerungskreis werden sich — zumindest was den öffentlichen Auftritt betrifft — immer mehr Persönlichkeiten entwickeln, die so unauffällig, so einheitlich und so mittelmäßig wie möglich sind.

Da das Einkommen einer Person gleichzeitig von der Politik abhängt, d.h. von der Entscheidung der Gesellschaft über die Umverteilung von Steuern (die natürlich nicht durch Verträge, sondern durch die Überlagerung des Willens einer Person mit dem widerspenstigen Willen einer anderen erreicht wird!), müssen die Menschen umso mehr politisieren, je abhängiger sie werden, d.h., je abhängiger sie werden, desto mehr Zeit und Energie werden sie in die Entwicklung ihrer besonderen Talente investieren müssen, um auf Kosten anderer (d.h. auf nicht-vertragliche Weise)

persönliche Vorteile zu erzielen oder eine solche Ausbeutung zu verhindern.

Der Unterschied zwischen beiden Arten des Sozialismus liegt (nur) im Folgenden: Unter dem russischen Sozialismus ist die Kontrolle der Gesellschaft über die Produktionsmittel und damit über das mit ihnen produzierte Einkommen vollständig, und bisher scheint es keinen Raum mehr zu geben, sich auf eine politische Debatte über den richtigen Grad der Politisierung der Gesellschaft einzulassen. Die Frage ist geklärt — so wie sie am anderen Ende des Spektrums geklärt ist, im reinen Kapitalismus, wo es überhaupt keinen Platz für Politik gibt und alle Beziehungen ausschließlich vertraglich sind.

Im sozialdemokratischen Sozialismus hingegen ist die soziale Kontrolle über das privat produzierte Einkommen eigentlich nur partiell, und eine verstärkte oder vollständige Kontrolle existiert nur, da die Gesellschaft noch nicht konkret verwirklicht ist, was nur eine potenzielle Bedrohung darstellt, die über den Köpfen privater Produzenten schwebt. Aber das Leben mit der Drohung, vollständig besteuert zu werden, anstatt tatsächlich nur so besteuert zu werden, erklärt ein interessantes Merkmal des sozialdemokratischen Sozialismus im Hinblick auf die allgemeine Entwicklung hin zu zunehmend politisierten Charakteren.

Es erklärt, warum in einem System des sozialdemokratischen Sozialismus die Art der Politisierung anders ist als im russischen Sozialismus. Unter letzterem wird Zeit und Mühe unproduktiv aufgewendet, um zu diskutieren, wie das gesellschaftliche Einkommen verteilt werden soll; unter dem ersteren wird dies zwar auch getan, aber Zeit und Mühe werden auch für politische Streitigkeiten über die Frage verwendet, wie groß oder klein die sozial verwalteten Einkommensanteile tatsächlich sein sollten. In einem System verstaatlichter Produktionsmittel, in dem diese Frage ein für alle Mal geklärt ist, sind dann relativ mehr Rückzug aus dem öffentlichen Leben, Resignation und Zynismus zu beobachten.

Der sozialdemokratische Sozialismus hingegen, in dem die Frage noch offen ist und in dem Produzenten wie Nichtproduzenten noch eine gewisse Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer Lage durch eine Senkung oder Erhöhung der Steuern hegen können, weist weniger eine solche Privatisierung auf und hat stattdessen häufiger Menschen, die sich aktiv in der politischen Agitation entweder für oder gegen eine stärkere Kontrolle der Gesellschaft über die privat produzierten Einkommen einsetzen.¹³ Nachdem sowohl die allgemeine Ähnlichkeit als auch dieser spezifische Unterschied zwischen den

¹³ Zum Phänomen der Politisierung vgl. auch K.S. Templeton, Hrsg., *The Politicalization of Society* (Indianapolis, 1977).

beiden Typen des Sozialismus erklärt wurde, bleibt die Aufgabe, eine kurze Analyse einiger verändernder Kräfte vorzulegen, die die allgemeine Entwicklung hin zu unproduktiven politisierten Persönlichkeiten beeinflussen.

Diese werden durch unterschiedliche Herangehensweisen an das wünschenswerte Muster der Einkommensverteilung bewirkt.

Sowohl der russische als auch der sozialdemokratische Sozialismus stehen vor der Frage, wie das zufällig sozial kontrollierte Einkommen zu verteilen ist. Für den russischen Sozialismus geht es darum, welche Gehälter an Personen zu zahlen sind, die verschiedenen Positionen in der Hausmeisterwirtschaft zugewiesen wurden. Für den Umverteilungssozialismus ist es die Frage, wie viele Steuern wem zuzuweisen sind. Zwar gibt es im Prinzip unzählige Möglichkeiten, dies zu tun, aber die egalitäre Philosophie beider Arten von Sozialismus reduziert die verfügbaren Optionen effektiv auf drei allgemeine Arten.¹⁴

¹⁴ Zum Anliegen des orthodoxen und sozialdemokratischen Sozialismus für Gleichberechtigung vgl. S. Lukes, „Socialism and Equality“, in: L. Kolakowski und S. Hampshire, Hrsg., *The Socialist Idea* (New York, 1974); auch B. Williams, „The Idea of Equality“, in P. Laslett und W. G. Runciman, Hrsg., *Philosophy, Politics, and Society*, 2nd series (Oxford, 1962). Zur Kritik am sozialistischen Gleichheitsbegriff vgl. M. N. Rothbard, „Freedom, Inequality, Primitivism and the Division of Labour“, in K.S. Templeton, Hrsg., *The Politicalization of Society* (Indianapolis, 1977); und

Die erste ist die Methode, das monetäre Einkommen (und möglicherweise auch das private, nicht produktiv genutzte Vermögen) aller mehr oder weniger anzugleichen.

Lehrer, Ärzte, Bauarbeiter und Bergleute, Fabrikleiter und Putzfrauen verdienen alle so ziemlich das gleiche Gehalt, oder die Differenz zwischen ihnen ist zumindest erheblich reduziert.¹⁵ Man braucht nicht viel zu sagen, um

Egalitarianism as a Revolt Against Nature and Other Essays, 2nd ed. (title essay; Auburn, Ala., 2000); H. Schoeck, *Envy* (New York, 1966); und *Ist Leistung unanständig?* (Osnabrück, 1971); A. Flew, *The Politics of Procrustes* (London, 1980); und *Sociology, Equality and Education* (New York, 1976).

¹⁵ Traditionell wurde dieser Ansatz zumindest theoretisch vom orthodoxen marxistischen Sozialismus favorisiert — im Einklang mit Marx' berühmtem Diktum in seiner „Kritik des Gothaer Programms“ (K. Marx, *Ausgewählte Werke*, Bd. 2 [London, 1942], S. 566), „von jedem nach seinen Fähigkeiten, von jedem nach seinen Bedürfnissen“. Die wirtschaftliche Realität hat die Länder nach russischem Vorbild jedoch gezwungen, in der Praxis erhebliche Zugeständnisse zu machen. Generell wurde zwar versucht, die (vermeintlich gut sichtbaren) monetären Einnahmen für verschiedene Berufe auszugleichen, aber um die Wirtschaft am Laufen zu halten, mussten erhebliche Unterschiede bei (vermeintlich weniger sichtbaren) nichtmonetären Belohnungen (wie besondere Privilegien in Bezug auf Reisen, Bildung, Wohnen, Einkaufen usw.) eingeführt werden. Bei der Erhebung der Literatur stellen P. Gregory und R. Stuart (*Comparative Economic Systems* [Boston, 1985]) fest: „... die Einnahmen sind in Osteuropa, Jugoslawien und der Sowjetunion gleichmäßiger verteilt als in den Vereinigten Staaten. Für die UdSSR scheint dies ein relativ neues Phänomen zu sein, denn noch 1957 waren die sowjetischen Einnahmen ungleicher als die der Vereinigten Staaten.“ In Ländern im sowjetischen Stil wird jedoch

zu erkennen, dass dieser Ansatz den Anreiz zur Arbeit am drastischsten reduziert, denn es macht keinen großen Unterschied mehr — in Bezug auf das Gehalt — wenn man den ganzen Tag fleißig arbeitet oder die meiste Zeit herumalbert. Da die Unbrauchbarkeit der Arbeit eine Tatsache des Lebens ist, werden die Menschen immer mehr herumalbern, wobei das Durchschnittseinkommen, das jedem garantiert zu sein scheint, relativ gesehen ständig sinkt. Somit verstärkt dieser Ansatz relativ die Tendenz zu Rückzug, Desillusionierung, Zynismus und trägt *mutatis mutandis* zu einer relativen Reduktion der allgemeinen Atmosphäre der Politisierung bei.

Der zweite Ansatz hat das moderatere Ziel, ein Mindesteinkommen zu garantieren, das zwar normalerweise irgendwie mit dem

„ein relativ größeres Volumen an Ressourcen ... auf einer zusätzlichen Marktbasis bereitgestellt...“ (S. 502). Fazit: „Das Einkommen ist in den kapitalistischen Ländern, in denen der Staat eine relativ geringe Umverteilungsrolle spielt, ungleicher verteilt... (USA, Italien, Kanada). Doch selbst dort, wo der Staat eine große Umverteilungsrolle spielt (Großbritannien, Schweden), scheint die Einkommensverteilung etwas ungleicher zu sein als in den geplanten sozialistischen Ländern (Ungarn, Tschechoslowakei, Bulgarien). Die Sowjetunion im Jahr 1966 scheint eine weniger egalitäre Einkommensverteilung zu haben als ihre osteuropäischen Pendant“ (S. 504). Vgl. auch F. Parkin, *Class Inequality and Political Order* (New York, 1971), insb. Kap. 6.

Durchschnittseinkommen verbunden ist, aber deutlich darunterliegt.¹⁶

Auch dies verringert den Arbeitsanreiz, denn in dem Maße, in dem die Menschen nur marginale Einkommensproduzenten sind, deren Einkommen aus der Produktion nur geringfügig über dem Mindesteinkommen liegt, werden sie nun eher geneigt sein, ihre Arbeit zu reduzieren oder sogar einzustellen, stattdessen ihre Freizeit zu genießen und sich mit dem Mindesteinkommen zufrieden zu geben. So werden mehr Menschen als sonst unter die Mindestgrenze fallen, oder mehr Menschen als sonst werden jene Eigenschaften behalten oder erwerben, an deren Vorhandensein die Zahlung von Mindestlöhnen

¹⁶ Dieser Ansatz ist traditionell am typischsten für den sozialdemokratischen Sozialismus. In den letzten Jahren wurde es — von der Seite des Wirtschaftsberufs — von M. Friedman mit seinem Vorschlag für eine „negative Eingangssteuer“ (Friedman, *Capitalism and Freedom*, Chicago, 1962, Kap. 12) und von J. Rawls — von der philosophischen Seite — mit seinem „Differenzprinzip“ (Rawls, *A Theory of Justice* [Cambridge, 1971], S. 60, 75 ff., 83) vielfach unterstützt. Dementsprechend haben beide Autoren viel Aufmerksamkeit von sozialdemokratischen Parteiintellektuellen erhalten. Im Allgemeinen wurde Friedman nur für „schuldig“ befunden, weil er das Mindesteinkommen nicht hoch genug ansetzen wollte — aber er hatte ohnehin kein prinzipielles Kriterium, um es an einem bestimmten Punkt festzulegen. Rawls, der die „am meisten begünstigte Person“ dazu zwingen will, den „am wenigsten begünstigten“ an seinem Vermögen teilhaben zu lassen, wenn er zufällig seine eigene Position verbessert, wurde manchmal sogar befunden mit seinem Egalitarismus zu weit gegangen zu sein. Vgl. G. Schwan, *Sozialismus in der Demokratie? Theorie einer konsequent sozialdemokratischen Politik* (Stuttgart, 1982), Kap. 3.

geknüpft ist, was wiederum zur Folge hat, dass das Durchschnittseinkommen, an das der Mindestlohn geknüpft ist, unter das Niveau fällt, das es sonst erreicht hätte. Aber natürlich wird der Arbeitsanreiz beim zweiten Ansatz in geringerem Maße reduziert als bei der ersten.

Andererseits wird der zweite Ansatz zu einem relativ höheren Grad der aktiven Politisierung (und weniger des resignierten Austritts) führen, denn im Gegensatz zum durchschnittlichen Einkommen, das objektiv festgestellt werden kann, ist die Höhe der Festlegung des Mindesteinkommens eine völlig subjektive, willkürliche Angelegenheit, die daher besonders anfällig dafür ist, zu einem dauerhaften politischen Thema zu werden.

Zweifellos wird der höchste Grad an aktiver Politisierung erreicht, wenn der dritte Verteilungsansatz gewählt wird. Das Ziel, das für die Sozialdemokratie immer mehr an Bedeutung gewinnt, ist die Verwirklichung der Chancengleichheit.¹⁷

¹⁷ Ein repräsentatives Beispiel für sozialdemokratisch veranlagte Forschung zur Chancengleichheit, insbesondere in Bezug auf Bildung, ist C. Jencks und andere, *Inequality* (London, 1973); die zunehmende Bedeutung der Idee des Chancenausgleichs erklärt auch die Flut soziologischer Studien über „Lebensqualität“ und „soziale Indikatoren“, die seit den späten 1960er Jahren aufgetaucht ist. Vgl. z.B. A. Szalai und F. Andrews, Hrsg., *The Quality of Life* (London, 1980).

Die Idee ist, durch Umverteilungsmaßnahmen eine Situation zu schaffen, in der die Chancen eines jeden, jede mögliche (Einkommens-) Position im Leben zu erreichen, gleich sind — sehr ähnlich wie bei einer Lotterie, bei der jedes Los die gleiche Chance hat, ein Gewinner oder ein Verlierer zu sein — und zusätzlich einen Korrekturmechanismus zu haben, der hilft, Situationen von „unverdientem Pech“ (was auch immer das sein mag) zu korrigieren, die im Laufe des permanenten Glücksspiels auftreten könnten. Wörtlich genommen ist diese Idee natürlich absurd: Es gibt keine Möglichkeit, die Chancen von jemandem, der in den Alpen lebt, und jemandem, der am Meer wohnt, anzugleichen.

Darüber hinaus scheint es ziemlich klar, dass die Idee eines korrekten Mechanismus einfach nicht mit der Lottereidée vereinbar ist. Doch gerade dieser hohe Grad an Unbestimmtheit und Verwirrung trägt dazu bei, dass dieses Konzept so beliebt ist.

Was eine Chance ist, was eine Chance anders oder gleich, schlechter oder besser macht, wie viel und welche Art von Ausgleich nötig ist, um Chancen auszugleichen, die zugegebenermaßen physisch nicht ausgeglichen werden können (wie im Beispiel Alpen/See), was unverdientes Pech ist und was eine Wiedergutmachung, sind alles völlig subjektive Fragen. Sie sind auf subjektive Bewertungen angewiesen, verändern sich so, wie sie es

tun, und es gibt dann — wenn man das Chancengleichheitskonzept tatsächlich anwendet — ein unbegrenztes Reservoir an allen möglichen Verteilungsanforderungen, aus allen möglichen Gründen und für alle möglichen Menschen.

Dies liegt insbesondere daran, dass der Chancenausgleich mit Forderungen nach Unterschieden beim monetären Einkommen oder Privatvermögen vereinbar ist. A und B könnten das gleiche Einkommen haben und beide gleich reich sein, aber A könnte schwarz sein, oder eine Frau, oder schlecht sehen, oder in Texas wohnen, oder zehn Kinder haben, oder keinen Ehemann, oder über 65 sein, während B nichts von alledem sein könnte, sondern etwas anderes, und daher könnte A argumentieren, dass seine Chancen, alles Mögliche im Leben zu erreichen, anders oder eher schlechter sind als die von B, und dass er in irgendeiner Weise dafür entschädigt werden sollte, so dass ihre monetären Einkommen, die vorher gleich waren, jetzt unterschiedlich sind. Und B könnte natürlich auf genau die gleiche Weise argumentieren, indem er einfach die implizite Bewertung der Chancen umkehrt. In der Folge wird es zu einem nie dagewesenen Grad an Politisierung kommen.

Alles scheint jetzt fair zu sein, und sowohl Produzenten als auch Nicht-Produzenten, erstere zu defensiven und letztere zu aggressiven Zwecken, werden dazu getrieben, mehr und mehr Zeit damit zu verbringen, die

Verteilungsanforderungen zu erhöhen, zu zerstören und ihnen entgegenzuwirken. Und natürlich ist diese Aktivität, wie das Engagement in Freizeitaktivitäten, nicht nur unproduktiv, sondern steht in klarem Gegensatz zur Rolle des Freizeitgenusses, was bedeutet, dass man Zeit damit verbringt, den ungestörten Genuss des produzierten Reichtums sowie seiner Neuproduktion tatsächlich zu stören.

Aber nicht nur durch die Förderung der Idee des Chancenausgleichs wird eine verstärkte Politisierung angeregt (über das vom Sozialismus allgemein implizierte Maß hinaus). Es gibt noch einmal, und das ist vielleicht eines der interessantesten Merkmale des neuen sozialdemokratischen Sozialismus im Vergleich zu seiner traditionellen marxistischen Form, einen neuen und anderen Charakter als die Art der von ihm implizierten Politisierung. Für jede Verteilungspolitik muss es Menschen geben, die sie unterstützen und fördern. Und normalerweise, wenn auch nicht ausschließlich, wird dies von denen getan, die am meisten davon profitieren.

So sind es bei einem System der Einkommens- und Vermögensgleichstellung und auch bei einer Mindesteinkommenspolitik vor allem die „Habenichtse“, die die Politisierung des gesellschaftlichen Lebens unterstützen. In Anbetracht der Tatsache, dass es sich dabei im Durchschnitt um Personen mit relativ geringen

intellektuellen, insbesondere verbalen Fähigkeiten handelt, führt dies zu einer Politik, der es, gelinde gesagt, an intellektueller Raffinesse zu mangeln scheint. Um es deutlicher auszudrücken, neigt die Politik dazu, geradezu langweilig, dumm und entsetzlich zu sein, sogar für eine beträchtliche Anzahl der Habenichtse selbst.

Andererseits werden bei der Annahme der Idee der Chancengleichheit Unterschiede in den monetären Einkommens- und Vermögensverhältnissen nicht nur zugelassen, sondern sogar verstärkt, sofern dies durch einige zugrunde liegende Diskrepanzen in der Chancenstruktur gerechtfertigt ist, die durch die ersteren Unterschiede kompensiert werden können. Jetzt können sich auch die Besitzenden an dieser Art von Politik beteiligen.

Da sie im Durchschnitt über überlegene verbale Fähigkeiten verfügen und die Aufgabe, Chancen als besser oder schlechter zu definieren, im Wesentlichen eine Frage der rhetorischen Überzeugungskraft ist, ist dies genau ihre Art von Spiel. So werden die Besitzenden nun zur dominierenden Kraft, um den Prozess der Politisierung aufrechtzuerhalten. In zunehmendem Maße werden Leute aus ihren Reihen an die Spitze der sozialistischen Parteiorganisation gelangen, und dementsprechend werden das Erscheinungsbild und die Rhetorik der sozialistischen Politik eine andere Form annehmen, sich

mehr und mehr intellektualisieren, ihre Anziehungskraft verändern und eine neue Klasse von Anhängern anziehen.

Damit habe ich das Stadium in der Analyse des sozialdemokratischen Sozialismus erreicht, in dem nur einige Bemerkungen und Beobachtungen erforderlich sind, die helfen werden, die Gültigkeit der obigen theoretischen Überlegungen zu veranschaulichen.

Obwohl dies die Gültigkeit der oben gezogenen Schlussfolgerungen, die ausschließlich von der Wahrheit der Prämissen und der Richtigkeit der Ableitungen abhängen, in keiner Weise beeinträchtigt, gibt es leider keinen nahezu perfekten, quasi experimentellen Fall, der die Funktionsweise des sozialdemokratischen Sozialismus im Vergleich zum Kapitalismus veranschaulicht, wie es im Fall von Ost- und Westdeutschland in Bezug auf den Sozialismus russischer Prägung der Fall war. Die Veranschaulichung des Punktes würde einen Vergleich offensichtlich unterschiedlicher Gesellschaften beinhalten, in denen die *ceteris* eindeutig nicht *paribus* sind, und somit wäre es nicht mehr möglich, bestimmte Ursachen mit bestimmten Wirkungen ordentlich abzugleichen.

Oft haben Experimente im sozialdemokratischen Sozialismus einfach nicht lange genug gedauert oder wurden wiederholt von einer Politik unterbrochen, die

nicht definitiv als sozialdemokratischer Sozialismus eingestuft werden konnte. Oder aber sie wurden von Anfang an mit so unterschiedlichen — und sogar inkonsistenten — Politiken als Ergebnis politischer Kompromisse vermischt, dass in Wirklichkeit verschiedene Ursachen und Wirkungen so miteinander verwoben sind, dass keine auffälligen anschaulichen Beweise für eine These mit einem gewissen Grad an Spezifität vorgelegt werden können. Die Aufgabe, Ursachen und Wirkungen zu entwirren, wird dann wieder zu einer wirklich theoretischen, der die besondere Überzeugungskraft fehlt, die experimentell erbrachte Beweise kennzeichnet.

Nichtsdestotrotz gibt es einige Hinweise, wenn auch nur von zweifelhafterer Qualität. Erstens wird die allgemeine These von der relativen Verarmung durch den Umverteilungssozialismus durch die Tatsache veranschaulicht, dass der Lebensstandard in den Vereinigten Staaten von Amerika relativ höher ist und sich im Laufe der Zeit sogar noch erhöht hat als in Westeuropa oder, genauer gesagt, als in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft (EG).

Beide Regionen sind in Bezug auf die Bevölkerungsgröße, die ethnische und kulturelle Vielfalt, die Traditionen und das Erbe sowie die natürlichen Gegebenheiten in etwa vergleichbar, aber die Vereinigten

Staaten sind vergleichsweise kapitalistischer und Europa sozialistischer. Jeder neutrale Beobachter wird diesen Punkt kaum übersehen, wie auch solche globalen Maßnahmen wie Staatsausgaben in Prozent des BSP zeigen, die in den Vereinigten Staaten etwa 35 Prozent betragen, im Vergleich zu etwa 50 Prozent oder mehr in Westeuropa.

Es passt auch ins Bild, dass die europäischen Länder (insbesondere Großbritannien) im neunzehnten Jahrhundert, das von Historikern immer wieder als die Zeit des klassischen Liberalismus bezeichnet wurde, beeindruckendere wirtschaftliche Wachstumsraten aufwiesen als im zwanzigsten Jahrhundert, das im Gegensatz dazu als die Zeit des Sozialismus und des Etatismus bezeichnet wurde. Ebenso wird die Gültigkeit der Theorie durch die Tatsache veranschaulicht, dass Westeuropa in Bezug auf die Wirtschaftswachstumsraten zunehmend von einigen pazifischen Ländern wie Japan, Hongkong, Singapur und Malaysia übertroffen wurde; und dass letztere, indem sie einen relativ kapitalistischeren Kurs einschlugen, inzwischen einen viel höheren Lebensstandard erreicht haben als sozialistisch ausgerichtete Länder, die etwa zur gleichen Zeit mit ungefähr der gleichen Basis der wirtschaftlichen Entwicklung begannen, wie etwa Indien.

Zu spezifischeren Beobachtungen kommen dann die jüngsten Erfahrungen Portugals, wo 1974 das autokratische Salazar-Regime des konservativen Sozialismus (eine andere Art von Sozialismus), das Portugal zu einem der ärmsten Länder Europas gemacht hatte, in einem Umbruch durch den umverteilenden Sozialismus (mit Elementen der Verstaatlichung) abgelöst wurde und wo seitdem der Lebensstandard noch weiter gesunken ist, was das Land buchstäblich zu einer Region der Dritten Welt gemacht hat.

Es gibt auch das sozialistische Experiment in Frankreich unter Mitterand, das zu einer sofortigen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage geführt hat, die so spürbar war - am auffälligsten war der drastische Anstieg der Arbeitslosigkeit und die wiederholte Abwertung der Währungen -, dass nach weniger als zwei Jahren ein starker Rückgang der öffentlichen Unterstützung für die Regierung eine Kehrtwende in der Politik erzwang, die fast schon komisch war, da sie auf eine völlige Verleugnung dessen hinauslief, was noch wenige Wochen zuvor als ihre liebsten Überzeugungen propagiert worden war.

Der lehrreichste Fall könnte jedoch wieder von Deutschland und diesmal Westdeutschland geliefert werden.¹⁸

Von 1949 bis 1966 gab es eine liberal-konservative Regierung, die sich in bemerkenswerter Weise den Grundsätzen der Marktwirtschaft verpflichtet fühlte, auch wenn sich von Anfang an in erheblichem Maße konservativ-sozialistische Elemente einmischten, die im Laufe der Zeit an Bedeutung gewannen. Auf jeden Fall war Westdeutschland in dieser Zeit von allen großen europäischen Nationen relativ gesehen das kapitalistischste Land, was dazu führte, dass es die wohlhabendste Gesellschaft Europas wurde, mit Wachstumsraten, die die aller Nachbarländer übertrafen.

Bis 1961 wurden Millionen von deutschen Flüchtlingen und später Millionen von ausländischen Arbeitskräften aus südeuropäischen Ländern in die expandierende Wirtschaft integriert und Arbeitslosigkeit und Inflation waren fast unbekannt. Dann übernahm nach einer kurzen Übergangszeit von 1969 bis 1982 (fast die gleiche Zeitspanne) eine sozialdemokratisch geführte sozialistisch-liberale Regierung. Sie erhöhte Steuern und Sozialversicherungsbeiträge erheblich, erhöhte die Zahl

¹⁸ Vgl. im Folgenden auch R. Merklein, Griff in die eigene Tasche (Hamburg, 1980); und Die Deutschen werden ärmer (Hamburg, 1982).

der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, steckte zusätzliche Steuergelder in bestehende Sozialprogramme, erschuf neue und erhöhte die Ausgaben für alle Arten von sogenannten „öffentlichen Gütern“ erheblich, wodurch angeblich die Chancen ausgeglichen und die gesamte „Lebensqualität“ verbessert wurde.

Durch den Rückgriff auf eine keynesianische Politik der Defizitfinanzierung und der unvorhergesehenen Inflation könnten die Auswirkungen der Anhebung der sozial garantierten Mindestversorgung für Nichtproduzenten auf Kosten der stärker besteuerten Produzenten um einige Jahre hinausgezögert werden (das Motto der Wirtschaftspolitik des ehemaligen westdeutschen Bundeskanzlers Helmut Schmidt lautete „lieber 5% Inflation als 5% Arbeitslosigkeit“). Sie sollten jedoch erst etwas später drastisch werden, da die unvorhergesehene Inflation und die Kreditausweitung die für einen Boom typischen Über- oder besser Fehlinvestitionen hervorgerufen und verlängert hatten.

Infolgedessen gab es nicht nur viel mehr als 5 Prozent Inflation, sondern auch die Arbeitslosigkeit stieg stetig an und näherte sich 10 Prozent; das Wachstum des BSP wurde immer langsamer, bis es in den letzten Jahren des Zeitraums tatsächlich in absoluten Zahlen fiel. Statt einer expandierenden Wirtschaft ging die absolute Zahl der Beschäftigten zurück; es wurde immer mehr Druck auf

ausländische Arbeitskräfte ausgeübt, das Land zu verlassen, und gleichzeitig wurden die Einwanderungsschranken immer höher gesetzt. All dies geschah, während die Bedeutung der Schattenwirtschaft stetig wuchs.

Dies waren jedoch nur die offensichtlichsten Auswirkungen einer eng umrissenen Wirtschaftsform. Es gab noch weitere Auswirkungen anderer Art, die sogar von größerer Bedeutung waren. Mit der neuen sozialistisch-liberalen Regierung trat die Idee des Chancenausgleichs in den ideologischen Vordergrund. Und wie theoretisch vorhergesagt wurde, war es insbesondere die offizielle Verbreitung der Idee „mehr Demokratie wagen“ — zunächst einer der populärsten Slogans der neuen Ära (Willy Brandts) — die zu einem noch nie dagewesenen Grad der Politisierung führte.

Im Namen der Chancengleichheit wurden alle möglichen Forderungen erhoben, und es gab kaum einen Lebensbereich, von der Kindheit bis zum Alter, von der Freizeit bis zu den Arbeitsbedingungen, der nicht intensiv auf mögliche Unterschiede hin untersucht wurde, die er den verschiedenen Menschen hinsichtlich der als relevant definierten Chancen bot. Es überrascht nicht, dass solche Möglichkeiten und solche Unterschiede ständig gefunden

wurden¹⁹, und dementsprechend schien sich der Bereich der Politik fast täglich auszudehnen. „Es gibt keine Frage, die nicht politisch ist“, war immer öfter zu hören.

Um dieser Entwicklung einen Schritt voraus zu bleiben, mussten sich auch die Machthaber ändern. Insbesondere die Sozialdemokraten, traditionell eine Arbeiterpartei, mussten ein neues Image entwickeln.

Mit der Idee des Chancenausgleichs auf dem Vormarsch wurde sie zunehmend, wie vorhergesagt werden konnte, zur Partei der (verbalen) Intelligenzia, der Sozialwissenschaftler und der Lehrer. Und diese „neue“ Partei, fast wie um zu beweisen, dass ein Prozess der Politisierung hauptsächlich von denen getragen wird, die von ihren Verteilungsplänen profitieren können, und dass die Definition von Chancen im Wesentlichen willkürlich und eine Frage der rhetorischen Macht ist, hat es dann zu einem ihrer zentralen Anliegen gemacht, die unterschiedlichsten politischen Energien, die in Gang gesetzt werden, in den Bereich der Ausgleichung vor allem der Bildungschancen zu lenken.

Insbesondere „egalisierten“ sie die Chancen für das Gymnasium und eine universitäre Ausbildung, indem sie die jeweiligen Dienstleistungen nicht nur kostenlos

¹⁹ Vgl. stellvertretend W. Zapf, Hrsg., Lebensbedingungen in der Bundesrepublik (Frankfurt/M., 1978).

anboten, sondern buchstäblich große Gruppen von Studenten dafür bezahlten, sie zu nutzen. Dies erhöhte nicht nur die Nachfrage nach Pädagogen, Lehrern und Sozialwissenschaftlern, deren Bezahlung naturgemäß aus Steuern stammen musste. Es war auch etwas ironisch für eine sozialistische Partei, die argumentierte, dass der Ausgleich von Bildungschancen einen Einkommenstransfer von den Reichen zu den Armen bedeuten würde, in der Tat eine Subvention, die den Intelligenteren zu Lasten einer komplementären Einkommensreduktion für die weniger Intelligenen gezahlt wird, und, in dem Maße, in dem es eine höhere Anzahl intelligenter Menschen in der mittleren und oberen sozialen Klasse gibt als in den unteren, eine Subvention für die Habenden, die von den Habenichtsen gezahlt wird.²⁰

Als Ergebnis dieses Prozesses der Politisierung, bei dem immer mehr steuerfinanzierte Pädagogen Einfluss auf immer mehr Schüler gewinnen, kam es (wie vorauszusehen war) zu einem Wandel in der Mentalität der Menschen. Es wurde zunehmend als völlig normal angesehen, alle möglichen Forderungen mit politischen Mitteln zu befriedigen und alle möglichen angeblichen Rechte gegen andere vermeintlich besser situierte

²⁰ Vgl. hierzu A. Alchian, „The Economic and Social Impact of Free Tuition“ in A. Alchian, *Economic Forces at Work* (Indianapolis, 1977).

Menschen und ihr Eigentum einzufordern; und für eine ganze Generation von Menschen, die in dieser Zeit aufgewachsen waren, wurde es immer weniger natürlich, daran zu denken, sein Los durch produktive Anstrengungen oder durch Verträge zu verbessern. Als die eigentliche Wirtschaftskrise, die durch die Umverteilungspolitik notwendig wurde, eintrat, waren die Menschen also weniger denn je in der Lage, sie zu überwinden, weil dieselbe Politik im Laufe der Zeit genau die Fähigkeiten und Talente geschwächt hatte, die jetzt am dringendsten benötigt wurden.

Als die sozialistisch-liberale Regierung 1982 vor allem wegen ihrer offensichtlich miserablen Wirtschaftsleistung abgesetzt wurde, herrschte bezeichnenderweise immer noch die Meinung vor, dass die Krise nicht durch die Beseitigung der Ursachen, d.h. der aufgeblähten Mindestversorgung für Nicht-Produzenten oder Nicht-Unternehmer, sondern durch eine andere Umverteilungsmaßnahme zu lösen sei: durch eine erzwungene Angleichung der verfügbaren Arbeitszeit für Beschäftigte und Arbeitslose.

Und im Einklang mit diesem Geist hat die neue konservativ-liberale Regierung in der Tat nicht mehr als die Wachstumsrate der Steuern verlangsamt.

Das 1982 gegründete Mises-Institut ist ein Lehr- und Forschungszentrum zur Erforschung der österreichischen Wirtschaftswissenschaften, der libertären und klassischen liberalen politischen Theorie und der friedlichen internationalen Beziehungen. Zur Unterstützung der Denkschule, die von Ludwig von Mises, Murray N. Rothbard, Henry Hazlitt und F.A. Hayek vertreten wird, veröffentlichen wir Bücher und Zeitschriften, sponsern Studenten- und Fachkonferenzen und bieten Online-Ausbildung an. Mises.org ist eine riesige Bibliothek an frei verfügbarem Material für jeden in der Welt, der an diesen Ideen interessiert ist. Denn wir suchen einen radikalen Wandel im intellektuellen Klima, weg vom Etatismus und hin zu einer Privateigentumsordnung.

Mises Institute
518 West Magnolia Avenue
AUBURN, ALABAMA 36832